S 3 R 1377/20

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Baden-Württemberg

Sozialgericht Landessozialgericht Baden-Württemberg

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung 13 Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 3 R 1377/20 Datum 17.01.2022

2. Instanz

Aktenzeichen L 13 R 449/22 Datum 16.04.2024

3. Instanz

Datum -

Die Berufung des KlĤgers gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Heilbronn vom 17. Januar 2022 wird zurĹ⁄4ckgewiesen.

Auà ergerichtliche Kosten sind auch für das Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Tatbestand

Der KlĤger begehrt die GewĤhrung einer Rente wegen Erwerbsminderung.

Der im Jahr 1965 geborene Kläger war zuletzt bis 2015 bei einem GetränkegroÃ∏händler versicherungspflichtig beschäftigt. Seit Oktober 2015 ist der Kläger durchgängig arbeitsunfähig. Nach Ende des Arbeitsverhältnisses bezog er zunächst von der Bundesagentur fÃ⅓r Arbeit Arbeitslosengeld und seit Oktober 2017 Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch. Ab dem 1. Oktober 2018 war er auf geringfÃ⅓giger Basis als KÃ⅓chenhelfer tätig.

Auf einen Antrag auf die GewĤhrung von medizinischen Rehabilitationsleistungen

veranlasste die Beklagte eine Begutachtung des KlĤgers bei ihrer Ĥrztlichen Untersuchungsstelle. K1, diagnostizierte in ihrem Gutachten vom 25. MĤrz 2019 beim KlĤger eine rezidivierende depressive StĶrung (gegenwĤrtig in mittelgradiger Episode), eine PanikstĶrung, eine anhaltende SchmerzstĶrung und einen Schmerzmittel- sowie einen Nikotinabusus. Da der KlĤger viele Jahre nicht mehr gearbeitet habe, sei die ErwerbsfĤhigkeit erheblich gefĤhrdet. Fļr leichte bis mittelschwere TĤtigkeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bestehe, so K1, ein positives Leistungsbild für sechs Stunden tĤglich und mehr.

Vom 22. Mai â 1 19. Juni 2019 durchlief der Klã¤ger eine stationã¤re Rehabilitationsmaã nahme in der Klinik am Z1, W1. Aus dieser ist der Klã¤ger unter den Diagnosen einer anhaltenden somatoformen Schmerzstã¶rung, einer rezidivierenden depressiven Stã¶rung (gegenwã¤rtig mittelgradig), dem schã¤dlichen Gebrauch nicht abhã¤ngigskeitserzeugender Substanzen (Analgetika), einer Nikotinabhã¤ngigkeit, Rã¼ckenschmerzen und einer gemischten Hyperlipidã¤mie als fã¤hig entlassen worden, eine kã¶rperlich leichte Tã¤tigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt sechs Stunden tã¤glich und mehr verrichten zu kã¶nnen (Entlassungsbericht vom 27. Juni 2019).

Am 20. November 2019 beantragte der Kläger bei der Beklagten die Gewährung einer Rente wegen Erwerbsminderung. Er gab hierzu u.a. an, an Depressionen, Angst, Schlafstörungen, Schmerzproblemen, Konzentrationsbeschwerden, Bandscheibenbeschwerden und einer Stauballergie zu leiden. Er sei nur noch in der Lage, zwei Stunden täglich zu arbeiten.

Nach sozialmedizinischer Ã\[\text{berpr}A\]\frac{1}{4} fung lehnte die Beklagte den Antrag des Kl\text{A\text{\text{m}gers} mit Bescheid vom 18. Dezember 2019 ab. Die Einschr\text{\text{A\text{m}kungen}, die sich aus den beim Kl\text{A\text{m}ger} vorliegenden Erkrankungen erg\text{\text{m}kben, f\text{A\text{\text{M}hrten, so die}}} Beklagte begr\text{A\text{\text{M}hrdend, nicht zu einem Anspruch auf eine Rente wegen}} Erwerbsminderung, da der Kl\text{A\text{m}ger noch mindestens sechs Stunden t\text{A\text{m}glich unter den A\text{M}holichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes erwerbst\text{A\text{m}tig sein k\text{A\text{\text{n}ne.}}}

Hiergegen erhob der Kläger am 15 Januar 2020 Widerspruch, zu dessen BegrÃ⅓ndung er einen Arztbrief der L1 vom 7. Januar 2020 vorlegte und den die Beklagte nach einer erneuten sozialmedizinischen Ã∏berprÃ⅓fung mit Widerspruchsbescheid vom 27. April 2020 zurÃ⅓ckwies. Unter BerÃ⅓cksichtigung aller Gesundheitsstörungen und der sich daraus ergebenden funktionellen Einschränkungen seien keine Auswirkungen ersichtlich, die das Leistungsvermögen des Klägers fÃ⅓r Tätigkeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt in zeitlicher Hinsicht einschränkten. Dem Kläger sei die AusÃ⅓bung einer leichten Tätigkeit ohne erhöhte Stressbelastung, ohne Zeitdruck, ohne Nachtschicht und ohne erhöhte Anforderungen an die Umstellungs- und Anpassungsfähigkeit sechs Stunden täglich und mehr zumutbar.

Hiergegen hat der Kläger am 27. Mai 2020 Klage zum Sozialgericht Heilbronn (SG) erhoben. Zu deren Begründung hat er vorgebracht, er leide an Depressionen und sei deswegen erwerbsgemindert. Die Befundlage zeige eine erhebliche

Chronifizierung der gesundheitlichen Leiden. Es sei zudem zu berücksichtigen, dass er alle Behandlungsmaà nahmen seiner à rzte befolgt habe. Eine psychotherapeutische Behandlung habe der Kläger bisher allerdings nicht durchgeführt, da im Groà raum S1 kaum Psychotherapeuten mit Kassenzulassung tätig seien und es zudem schwer sei, einen türkischsprachigen Psychotherapeuten zu finden. Die beiden stationären Behandlungen hätten keine Besserung der funktionalen Beeinträchtigungen erbracht. Gleiches gelte für die medikamentöse Therapie. Auch die ihn behandelnden à rzte gingen von einem aufgehobenen Leistungsvermögen aus. Es bestünde zudem eine länger andauernde Arbeitsunfähigkeit. Es sei zumindest von einer teilweisen Erwerbsminderung auszugehen, welche aufgrund der Verschlossenheit des Teilzeitarbeitsmarktes als Vollrente zu gewähren sei.

Die Beklagte ist der Klage unter Verweis auf den Widerspruchsbescheid vom 27. April 2020 entgegengetreten.

Das SG hat die den KlĤger behandelnden L1 schriftlich als sachverstĤndige Zeugin einvernommen. Diese hat unter dem 11. Dezember 2020 mitgeteilt, den KlĤger in einem sechswĶchentlichen Rhythmus zu behandeln. Seit Dezember 2015 bestĽnden eine depressive Verstimmung, Ä∏ngste, sowie eine Antriebs- und SchlafstĶrung. Die KonzentrationsstĶrungen seien als schwerwiegend einzustufen. Sie gehe von einem aufgehobenen LeistungsvermĶgen aus, da der KlĤger arbeitsunfĤhig sei.

Das SG hat sodann E1 zur gerichtlichen SachverstĤndigen ernannt und mit der Erstattung eines SachverstĤndigengutachtens zur LeistungsfĤhigkeit des KIĤgers beauftragt. In ihrem nervenĤrztlichen Gutachten vom 18. August 2021 hat E1 beim KIĤger eine chronische SchmerzstĶrung mit somatischen und psychischen Faktoren, Angst und Depression gemischt diagnostiziert und Probleme in Verbindung mit der BerufstÄxtigkeit, der Arbeitslosigkeit und seinen ökonomischen Verhältnissen festgestellt. Die diagnostischen Kriterien für eine generalisierende AngststĶrung seien hingegen nicht erfļllt; typische Panikattacken seien nicht hinreichend glaubhaft. E1 hat eine leichte Antriebsreduzierung, eine allenfalls leichtgradig zum negativen Pol hin verschobene Stimmung, eine zum negativen Pol hin eingeengte affektive SchwingungsfĤhigkeit beschrieben und ausgefļhrt, dass Anhalte für mnestische oder kognitive Defizite nicht vorgelegen hÄxtten. Die durchgefļhrte laborchemische Untersuchung habe für alle vom Kläger angegeben Medikamente Werte jeweils knapp oberhalb der Nachweisgrenze gezeigt. Anhaltspunkte für eine Simulation bzw. Aggravation hÃxtten sich z.B. beim An- und Entkleiden und in unbeobachteten Momenten gezeigt. Trotz der berichteten enormen Schmerzhaftigkeit habe der KlĤger wĤhrend der gesamten Begutachtung keinen schmerzgeplagten Eindruck gemacht. E1 hat die EinschĤtzung vertreten, der KlĤger kĶnne einer leichten TÃxtigkeit wenigstens sechs Stunden arbeitstÃxglich nachgehen.

Der KlĤger ist der gutachterlichen EinschĤtzung von E1 entgegengetreten. Diese habe insb. den Schmerzmittelabusus, der bei ihm vorliege, unbeachtet gelassen. Auch sei nicht nachvollziehbar, dass die Gutachterin bei ihm nicht vom Vorliegen

einer relevanten AngststĶrung ausgehe.

Unter dem 23. November 2021 hat E1 dahingehend ergĤnzend Stellung genommen, als sie mitgeteilt hat, dass sich seitens des KlĤgers wĤhrend der Anamneseerhebung als auch bei der kĶrperlich sowie nicht sprachgebundenen testpsychologischen Untersuchung eine mangelnde Anstrengungsbereitschaft gezeigt habe. Ein Schmerzmittelmissbrauch habe sich in der aktuellen Blutuntersuchung nicht belegen lassen, was gegen eine AnalgetikaabhĤngigkeit spreche. Ein Schmerzmittelabusus habe zudem keinen Einfluss auf die ArbeitsfĤhigkeit. Aus gutachterlicher Sicht sei die Diagnose einer PanikstĶrung nicht zu stellen, SchweiÄ□ausbrù¼che und Schwindel seien nicht die einzigen symptomatischen Merkmale. Eine solche Diagnose sei auch nicht seitens der behandelnden Psychiaterin gestellt worden. Eine Ã□nderung ihrer Leistungseinschätzung sehe sie durch das klägerische Vorbringen nicht bedingt.

Mit Gerichtsbescheid vom 17. Januar 2022 hat das SG die Klage abgewiesen. Zur Begründung seiner Entscheidung hat das SG ausgeführt, der Bescheid vom 8. Dezember 2019 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 27. April 2020 sei rechtmäÃ∏ig und verletze den Kläger nicht in seinen Rechten. Der Kläger habe keinen Anspruch auf die begehrte Rente wegen Erwerbsminderung; er sei, wie aus dem nachvollziehbaren Gutachten der E1 folge, trotz der bei ihm bestehenden gesundheitlichen BeeintrÄxchtigungen weder voll noch teilweise erwerbsgemindert. Der psychische Befund des KlĤgers sei bei der Untersuchung durch die Gutachterin nicht erheblich beeintrÄxchtigt gewesen. Der KlÄxger habe vielmehr wĤhrend des gesamten mehrstļndigen GesprĤchs meist konzentriert gewirkt. Auch der Antrieb sei aktuell als nur leicht reduziert beschrieben worden; die Stimmung sei als allenfalls leichtgradig depressiv, die affektive SchwingungsfĤhigkeit als erhalten und lediglich zum negativen Pol hin verschoben befundet worden. Die neurologischen Untersuchungen der Gutachterin hÄxtten keine ma̸geblichen Einschränkungen gezeigt. Die Gutachterin habe überdies Zeichen einer Aggravation beschrieben. So sei das Gangbild verlangsamt und schleppend demonstriert mit vornļbergebeugtem OberkĶrpern, den der KlĤger auch nach Aufforderung nicht habe aufrichteten kA¶nnen, was diesem hingegen in unbeobachteten Momenten unproblematisch mĶglich gewesen sei. Insg. habe der KlĤger in der klinischen Untersuchung erhebliche demonstrative Tendenzen, die sich in der festgestellten AuffĤlligkeit nicht einer zerebralen SchĤdigung oder den peripheren Nerven zuordnen lie̸en, gezeigt. Auffällig sei nach den Beschreibungen der Gutachterin auch gewesen, dass der KlĤger in der gutachterlichen Untersuchung erhebliche Schmerzen angegeben habe, indes in der mehrstündigen Begutachtung nach den Bekundungen der Gutachterin zu keinem Zeitpunkt einen schmerzgeplagten Eindruck gemacht habe. Der Spiegel der vom KIĤger angegeben Einnahme der Medikamente Ibuprofen und Tramadol habe in der durchgefļhrten Blutuntersuchung jeweils nur unterhalb der Nachweisgrenze und weit entfernt von der Wirkstoffgrenze gelegen; von einem Schmerzmittelabusus sei daher nicht auszugehen. Bezüglich des angegebenen lumbalen Bandscheibenvorfall habe sich bei der Untersuchung durch E1 kein Hinweis auf eine akute oder chronische radikulĤre SchĤdigung gezeigt. E1 habe ļberdies auch von einer mangelnden Anstrengungsbereitschaft beim Kläger berichtet. Eine

Panikstörung sei beim Kläger, so das SG, nach den Ausführungen der Gutachterin nicht nachzuweisen, die diagnostischen Kriterien seien nicht erfļllt. Die durch die bestehenden GesundheitsstĶrungen bedingten EinschrĤnkungen führten, so das SG, lediglich zu qualitativen Leistungseinschränkungen. Zu vermeiden seien TÄxtigkeiten in Zwangshaltungen insb. hÄxufige ̸berkopfarbeiten, häufiges Bücken. Auch Tätigkeiten auf Leitern und Gerýsten könne der Kläger nicht ausüben. Arbeiten unter ungünstigen klimatischen Bedingungen, insb. unter KAxIte und NAxsse seien nicht leidensgerecht, ebenso wie Akkord-oder Nachtarbeit. Soweit die behandelnden L1 von einem aufgehobenen LeistungsvermĶgen ausgehe, ù/4berzeuge dies nicht, weil sich eine Begründung für die Annahme eines zeitlich eingeschränkten Leistungsvermögens der Aussagen der Ã□rztin nicht entnehmen lasse. Da auch keine Anhaltspunkte fýr das Vorliegen einer Summierung ungewöhnlicher LeistungsbeeintrĤchtigungen oder fýr eine spezifische LeistungsbeeintrÄxchtigung vorlÄxgen, kĶnne der KlÄxger eine Rente wegen Erwerbsminderung nicht beanspruchen.

Gegen den ihm am 26. Januar 2022 zugestellten Gerichtsbescheid hat der KlĤger am 18. Februar 2022 Berufung beim Landessozialgericht (LSG) Baden-Württemberg eingelegt. Zu deren Begründung bringt er vor, das SG habe seine Entscheidung auf die gutachterliche EinschĤtzung der E1 gestļtzt, obschon das Gutachten nicht nachvollziehbar sei und ihm nicht gefolgt werden kA¶nne. So habe die Gutachterin eine unzureichende Behandlung thematisiert, obschon er, der Kläger, seit Jahren in Behandlung stehe. Auch sei eine muttersprachliche Therapie nicht mĶglich gewesen. Auch habe die Gutachterin bei ihm eine chronische Schmerzerkrankung festgestellt, jedoch diese bei der LeistungseinschĤtzung nicht eingeordnet. Sie habe offengelassen, ob beim KlĤger ein Schmerzmittelabusus vorliege, obwohl dies erforderlich gewesen wAxre, um der LeitungseinschAxtzung eine Nachvollziehbarkeit zu vermitteln. Eine rentenausschlie̸ende LeistungsfĤhigkeit bestehe daher allenfalls, wenn und sofern ihm eine ausreichende Therapie zur Verfügung gestellt werde, was jedoch nicht geschehen sei. Durch die GewĤhrung einer (zeitlich befristeten) Erwerbsminderungsrente würde ihm die Möglichkeit gegeben, die notwendigen Therapien zu absolvieren, um danach wieder gestĤrkt in das Arbeitsleben zurļckzukehren.

Der KlĤger beantragt,

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Heilbronn vom 17. Januar 2022 auszuheben und die Beklagte unter Aufhebung des Bescheides vom 18. Dezember 2019 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 27. April 2020 zu verurteilen, ihm ab dem 1. November 2019 eine befristete Rente wegen voller, hilfsweise teilweiser Erwerbsminderung zu gewÄxhren.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurļckzuweisen.

Zur Begrýndung ihres Antrages verweist die Beklagte auf ihren erstinstanzlichen

Vortrag und die aus ihrer Sicht zutreffenden Grýnde des angefochtenen Gerichtsbescheides.

Mit Schriftsatz vom 21. Februar 2024 hat die Beklagte, mit solchem vom 8. März 2024 der Kläger das Einverständnis mit einer Entscheidung des Senats ohne mündliche Verhandlung erklärt.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes, insb. des Vorbringens der Beteiligten wird auf die Prozessakten beider Rechtszüge sowie die Verwaltungsakte der Beklagten, die Gegenstand der Entscheidungsfindung geworden sind, verwiesen.

EntscheidungsgrÃ¹/₄nde

Die statthafte (vgl. <u>ŧ 143</u> Sozialgerichtsgesetz [SGG]), form- und fristgerecht (vgl. <u>ŧ 151 Abs. 1 SGG</u>) und auch im Ã∏brigen zulässige Berufung des Klägers, þber die der Senat nach dem erklärten Einverständnis der Beteiligten ohne mþndliche Verhandlung entscheidet (<u>§Â§ 153 Abs. 1</u>, <u>124 Abs. 2 SGG</u>), fþhrt fþr diesen inhaltlich nicht zum Erfolg.

Das SG hat die Klage zu Recht abgewiesen.

StreitgegenstĤndlich ist der Bescheid der Beklagten vom 18. Dezember 2019 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 27. April 2020, mit dem die Beklagte den Antrag des KlĤgers, ihm eine Rente wegen Erwerbsminderung zu gewĤhren, abgelehnt hat. Dieser Bescheid ist rechtmĤÄ∏ig und verletzt den KlĤger nicht in seinen Rechten; er hat keinen Anspruch auf die begehrte Erwerbsminderungsrente.

Nach § 43 Sozialgesetzbuch Sechstes Buch (SGB VI) in der ab dem 1. Januar 2008 geltenden Fassung des Gesetzes zur Anpassung der Regelaltersrente an die demografische Entwicklung und zur StĤrkung der Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung vom 20. April 2007 (BGBI. I S. 554) haben Versicherte bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze Anspruch auf Rente wegen voller Erwerbsminderung (§ 43 Abs. 2 Satz 1 SGB VI) oder Anspruch auf Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung (§ 43 Abs. 1 Satz 1 SGB VI), wenn sie voll bzw. teilweise erwerbsgemindert sind (Nr. 1), in den letzten fünf Jahren vor Eintritt der Erwerbsminderung drei Jahre PflichtbeitrĤge fýr eine versicherte Beschäftigung oder TÄxtigkeit haben (Nr. 2) und vor Eintritt der Erwerbsminderung die allgemeinen Wartezeit erfüllt haben (Nr. 3). Voll erwerbsgemindert sind nach § 43 Abs. 2 Satz 2 SGB VI Versicherte, die wegen Krankheit oder Behinderung auf nicht absehbare Zeit au̸er Stande sind, unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens drei Stunden tĤglich erwerbstĤtig zu sein. Teilweise erwerbsgemindert sind nach <u>§ 43 Abs. 1 Satz 2 SGB VI</u> Versicherte, die wegen Krankheit oder Behinderung auf nicht absehbare Zeit au̸er Stande sind, unter den Ã1/4blichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens sechs Stunden täglich erwerbstätig zu sein. GemäÃ∏ <u>§ 43 Abs. 3</u> SGB VI ist nicht erwerbsgemindert, wer â∏ unabhängig von der Arbeitsmarktlage â∏ unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens

sechs Stunden täglich erwerbstätig sein kann. Hieraus folgt, dass grundsätzlich allein eine Einschränkung der beruflichen Leistungsfähigkeit in zeitlicher (quantitativer) Hinsicht eine Rente wegen Erwerbsminderung zu begründen vermag, hingegen der Umstand, dass bestimmte inhaltliche Anforderungen an eine Erwerbstätigkeit aufgrund der gesundheitlichen Situation nicht mehr verrichtet werden können, einen Anspruch auf Gewährung einer Rente wegen Erwerbsminderung grundsätzlich nicht zu begründen vermag.

Bei dem tatbestandlichen Merkmal der Erwerbsminderung handelt es sich um ein positives, den Anspruch begrýndendes Element. Dies bedeutet, dass der Versicherte, vorliegend der Kläger, die Folgen zu tragen hat, wenn trotz Ausschöpfung aller zur Verfýgung stehenden Erkenntnismöglichkeiten eine rentenberechtigende Leistungsminderung nicht im Vollbeweis belegt ist. D.h. es muss mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit feststehen, dass das Leistungsvermögen in zeitlicher Hinsicht eingeschränkt ist. BloÃ□e Zweifel genÃ⅓gen nicht (vgl. LSG Baden-WÃ⅓rttemberg, Urteil vom 13. Mai 2020 â□□ L 5 R 3680/17 -, in juris, dort Rn. 30).

Vor diesem Hintergrund ist das SG im angefochtenen Gerichtsbescheid zu der berufungsrechtlich nicht zu beanstandenden Einsch \tilde{A} ¤tzung gelangt, dass beim Kl \tilde{A} ¤ger keine rentenbegr \tilde{A} ¼ndende quantitative Leistungseinschr \tilde{A} ¤nkung besteht. Auch der Senat ist nicht davon \tilde{A} ¼berzeugt, dass das Leistungsverm \tilde{A} ¶gen des Kl \tilde{A} ¤gers in zeitlicher Hinsicht eingeschr \tilde{A} ¤nkt ist. Der Senat folgt der Beweisw \tilde{A} ¼rdigung des SG und weist die Berufung hiernach aus den zutreffenden Ausf \tilde{A} ¼hrungen des SG im angefochtenen Gerichtsbescheid zur \tilde{A} ¼ck. Der Senat sieht insofern nach \tilde{A} § 153 Abs. 2 SGG von einer weiteren Begr \tilde{A} ¼ndung seiner Entscheidung ab.

Im Hinblick auf das Vorbringen zur Begrýndung der Berufung ist lediglich ergänzend auszufýhren, dass vorliegend offengelassen werden kann, ob bei dem Kläger, wie von ihm geltend gemacht, ein Schmerzmittelabusus vorliegt. Im Kontext der Frage des Vorliegens einer Erwerbsminderung ist nicht maÃ \square gebend, ob und welche Gesundheitsstörung in welcher Graduierung vorliegt, entscheidend ist vielmehr einzig, ob Leistungseinschränkungen bestehen, die der Ausübung einer Tätigkeit in einem zeitlichen Umfang von sechs Stunden täglich entgegenstehen. I.d.S. kommt es (bei Rentenbegutachtungen) weniger auf die Diagnosestellung, als auf bestehende Leistungseinschränkungen an (vgl. Thüringer LSG, Urteil vom 30. Juni 2015 â \square L 6 R 166/08 ZVW -, in juris), ob diese gesichert bestehen und ggf. überwunden werden können.

Zu betonen ist überdies, dass maÃ∏gebend für die Annahme einer rentenrechtlich relevanten Leistungseinschränkung ist, ob das in Ansehung der funktionellen Auswirkungen der psychischen Erkrankung verbleibende Fähigkeitsprofil des Versicherten, insb. im Hinblick auf Struktur, Teilhabe und Aktivität, eine Teilnahme am Erwerbsleben zu den Ã⅓blichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes erlaubt. Grundlage dieses Abgleichs bildet der psychische Befund und die individuelle Ausprägung der verschiedenen psychischen Qualitäten (Bewusstsein, Orientierung, Auffassung/Aufmerksamkeit

und KonzentrationsvermĶgen, GedĤchtnis, formales und inhaltliches Denken, Wahrnehmung, Ich-Erleben, Affektivität, Antrieb, Flexibilität und subjektives KrankheitsverstĤndnis und Krankheitserleben). FunktionsbeeintrĤchtigungen, in gegebenem Kontext insb. die geistig-psychische Belastbarkeit, sind im Recht der Erwerbsminderungsrenten nur dann relevant, wenn sie sich auf die FĤhigkeit zur Teilhabe unter besonderer Berücksichtigung des Erwerbslebens quantitativ (im Gegensatz zur blo̸ qualitativen Einschränkungen) auswirken. Das verbleibende qualitative LeistungsvermĶgen (positiv wie negativ) hat i.d.R. keine prĤgende Bedeutung fýr die rentenrechtlich erforderliche Reduzierung des LeistungsvermĶgens in zeitlicher Hinsicht. Erst wenn die BeeintrĤchtigungen durch die psychische StĶrung so gravierend sind, dass die Lebensführung durch sie geprÄxgt wird, ist von einem quantitativ geminderten LeistungsvermĶgen auszugehen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass sich erhebliche gesundheitliche BeeintrÄxchtigungen in der Regel nicht nur in der Teilhabe am Erwerbsleben manifestieren, sondern in allen Lebensbereichen mehr oder weniger starke Auswirkungen zeitigen. Hieraus folgt, dass von einer Minderung des LeistungsvermĶgens im Erwerbsleben auszugehen ist, wenn die psychische Störung die gesamte Lebensführung übernommen hat.

Bezugspunkt der für die Rentengewährung erforderlichen (quantitativen) Leistungsreduzierung ist hierbei der â∏allgemeine Arbeitsmarktâ∏. Der Arbeitsmarktbegriff des § 43 SGB VI erfasst alle denkbaren TÃxtigkeiten, fÃ1/4r die es faktisch ein â∏∏Angebotâ∏∏ und eine â∏∏Nachfrageâ∏∏ gibt. â∏∏Allgemeinâ∏∏ grenzt hierbei den ersten Arbeitsmarkt von dem zweiten â∏∏ öffentlich geförderten â∏∏ Arbeitsmarkt sowie von Sonderbereichen, wie bspw. WerkstÄxtten für behinderte Menschen und anderen geschützten Einrichtungen ab. Ã\| bliche Bedingungen umschreibt die Faktoren, die wesentliche Grundlagen des ArbeitsverhÃxItnisses sind. Neben den gesetzlichen Regelungen (bspw. zur Dauer und Verteilung der Arbeitszeit) rechnen auch individuelle UmstĤnde wie kognitive GrundfĤhigkeiten, die krankheitsbedingt herabgesetzt sein kĶnnen, hierzu. Mithin ist fýr die Annahme einer quantitativen LeistungseinschrÃxnkung erforderlich, dass die für die Ausübung einer Tätigkeit allgemein vorausgesetzten Mindestanforderungen an KonzentrationsvermĶgen, geistige Beweglichkeit, StressvertrĤglichkeit und Frustrationstoleranz nicht (mehr) vorliegen (vgl. Freudenberg in Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB VI, 3. Aufl. [Stand 1. April 2021], § 43 SGB VI, Rn. 164 ff.).

Dass diese Fähigkeiten beim Kläger nicht mehr vorhanden sind, ist fÃ⅓r den Senat nicht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit belegt. Bereits die von E1 erhobenen psychopathologischen Befunde zeigen keine maÃ∏gebliche Einschränkung einer psychischen Dimension. So hat E1 lediglich eine leichte Antriebsreduzierung, eine allenfalls leichtgradig zum negativen Pol hin verschobene Stimmung, eine zum negativen Pol hin eingeengte affektive Schwingungsfähigkeit beschrieben und ausgefÃ⅓hrt, dass Anhalte fÃ⅓r mnestische oder kognitive Defizite nicht vorgelegen hätten. DarÃ⅓ber hinaus hat sie ausgefÃ⅓hrt, Anhaltspunkte fÃ⅓r eine Simulation bzw. Aggravation gesehen zu haben, als der Kläger trotz der berichteten enormen Schmerzhaftigkeit während der gesamten Begutachtung keinen schmerzgeplagten Eindruck gemacht habe. Befunde, die die

Annahme einer quantitativen LeistungseinschrĤnkung begründen könnten, hat sie hingegen nicht mitgeteilt. Da solche auch nicht von der behandelnden Ã∏rztin angeführt sind, ist der Senat nicht davon überzeugt, dass die berufliche Leistungsfähigkeit des Klägers aufgrund der vorliegenden Gesundheitsstörungen auf neurologisch-psychiatrischem Fachgebiet rentenbegründend herabgesetzt ist. Auch soweit der Kläger an Gesundheitsstörungen auf anderen Fachgebieten leidet, begründen auch diese zur Ã∏berzeugung des Senats keine quantitative Leistungsreduzierung. Auch diesbezüglich sind keine derart schweren Befunde aktenkundig, die eine solche Annahme tragen könnten

Mithin ist der Senat nicht davon überzeugt, dass die Leistungsfähigkeit des Klägers durch die bestehenden Gesundheitsstörungen in quantitativer Hinsicht eingeschränkt ist. Der Kläger ist daher weder teilweise, noch voll erwerbsgemindert.

Anhaltspunkte für das Vorliegend einer Summierung ungewöhnlicher Leistungseinschränkungen oder einer spezifischen Leistungsbehinderung oder für eine Verschlossenheit des Arbeitsmarktes liegen nicht vor, weswegen dem Kläger auch keine konkrete Verweisungstätigkeit zu benennen ist.

Der KlĤger hat mithin keinen Anspruch auf die GewĤhrung einer vollen oder einer teilweisen Rente wegen Erwerbsminderung.

Ein Anspruch auf die GewĤhrung einer Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei BerufsunfĤhigkeit scheidet bereits deswegen aus, weil der KlĤger nicht vor dem 2. Januar 1961 geboren ist (vgl. <u>ŧ 240 Abs. 1 Nr. 1 SGB VI</u>).

Der Bescheid der Beklagten vom 18. Dezember 2019 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 27. April 2020 erweist sich daher als rechtmäÃ□ig, weswegen die Berufung des Klägers gegen den Gerichtsbescheid des SG vom 17. Januar 2022 zurückzuweisen ist.

Die Kostenentscheidung beruht auf $\frac{\hat{A}\hat{S}\hat{A}}{193}$ und ber \tilde{A}^{1}_{4} cksichtigt im Rahmen der anzustellenden gerichtlichen Ermessensentscheidung (vgl. BSG, Beschluss vom 25. Mai 1957 \hat{a}_{0} $\frac{6}{19}$ RKa $\frac{16}{54}$ -, in juris, dort Rn. 8), dass der Kl \tilde{A} ger mit seinem Begehren nicht durchgedrungen ist und die Beklagte keine Veranlassung f \tilde{A}^{1}_{4} r die Durchf \tilde{A}^{1}_{4} hrung eines gerichtlichen Verfahrens gegeben hat.

GrÃ $\frac{1}{4}$ nde fÃ $\frac{1}{4}$ r die Zulassung der Revision ($\frac{\hat{A}\S}{160}$ Abs. 2 SGG) liegen nicht vor. Es handelt sich um eine Einzelfallentscheidung auf gesicherter Rechtsgrundlage, ohne dass der Senat von einer Entscheidung der in $\frac{\hat{A}\S}{160}$ Abs. 2 Nr. 2 SGG genannten Gerichte abweicht

Â

Erstellt am: 20.09.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024